

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Manfred Lahnstein MdB,
Vorsitzender der Arbeits-
gruppe Weltwirtschaft der
SPD-Bundestagsfraktion,
bilanziert den Williams-
burger Gipfel: Kein Bei-
trag zur Schaffung einer
besseren Ordnung.

Seite 1

Karsten D. Voigt MdB, Ob-
mann der SPD im Auswärtigen
Ausschuß des Deut-
schen Bundestages, befaßt
sich mit der Friedensbe-
wegung: Eine Chance für
die parlamentarische Demo-
kratie.

Seite 3

Hans Urbaniak MdB, Mit-
glied im Bundestagsaus-
schuß für Arbeit und So-
zialordnung, zum Abbau
des Jugendarbeitsschutz-
gesetzes: Wende nach rück-
wärts.

Seite 6

36. Jahrgang / 103

1. Juni 1983

Williamsburg: Leider kein Grund zum Jubeln

Der Gipfel hat nicht zu einer besseren Ordnung der inter-
nationalen Beziehungen beigetragen

Von Manfred Lahnstein MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Weltwirtschaft der SPD-
Bundestagsfraktion

Der "Gipfel" ist wieder leer, die "Gipfelstürmer" sind in
ihre jeweiligen Basislager zurückgekehrt. (Margaret Thatcher
hat es nicht einmal bis zum Ende ausgehalten). Wenn man
sich auf Wirtschaftsfragen konzentriert, was hat Williams-
burg gebracht?

Bundeskanzler Kohl war nach eigenem Bekunden nur mit be-
grenzten Erwartungen in die USA gereist. Das war gut und
richtig. Man darf die Erwartungen an Ereignisse nicht zu
hoch schrauben, die in den letzten Jahren zu "Medien-
Festivals" geworden sind, wie Helmut Schmidt zu Recht (und
nicht ohne Selbstkritik) festgestellt hat.

Aber: Sind denn wenigstens begrenzte Erwartungen erfüllt
worden? Meines Erachtens muß das Urteil kritisch ausfallen.
Dies will ich in folgenden Punkten begründen:

1. Die Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung ist zu
optimistisch. Ist es nicht so, daß die Wachstumszahlen
für das erste Quartal 1983 in den USA von viereinhalb
auf drei Prozent heruntergenommen werden mußten? Und wie
sieht es in anderen Ländern aus? Und weiß man immer noch
nicht, daß Aufschwung allein unsere Probleme nicht löst,
sogar gar nicht die strukturellen und demographischen
Probleme am Arbeitsmarkt?
2. Die zentrale Verantwortung der USA ist in der Gipfeler-
klärung mit keinem Wort erwähnt. Das muß zumindest als
unbefriedigend bezeichnet werden. Die anderen, die Euro-
päer und Japaner hatten doch recht. Es gibt den unauflös-
lichen Zusammenhang zwischen US-Haushaltsdefizit, Dol-
larzinsen und Dollarwechsellkurs einerseits, weltwirt-
schaftlicher Erholung und Überlebenschancen für die



Dritte Welt andererseits. Sie hatten recht, und dennoch haben sie sich geduckt. Hier ist die notwendige Klarheit einem kurzfristigen Harmoniebedürfnis untergeordnet worden!

3. Williamsburg hat nicht zu einer besseren Ordnung der internationalen Währungs- und Finanzbeziehungen beigetragen. Was soll ein Satz wie: "Unter Wahrung unserer jeweiligen Handlungsfähigkeit sind wir bereit, koordiniert in die Wechselkursmärkte in den Fällen einzugreifen, in denen man sich über die Nützlichkeit eines Eingreifens einig ist"? Das ist doch das Gegenteil von internationaler Kooperation, das ist weniger als uns in den IWF-Statuten verpflichtend aufgegeben ist!
4. Schwach auch das, was zur Rolle der Entwicklungshilfe bei der Überwindung der riesigen Schwierigkeiten der Dritten Welt gesagt wird: "Besondere Aufmerksamkeit gilt dem Fluß finanzieller Mittel, insbesondere der öffentlichen Entwicklungshilfe". Ja, was denn sonst? Kein Wort über die notwendige Steigerung dieser Hilfe!

Um dem Ergebnis von Williamsburg gerecht zu werden, sollte man auch die positiven Akzente nicht unterschlagen. Was zum Abbau von Protektionismus und zur Entwicklung eines freien Welthandels gesagt worden ist, ist kreuzvernuünftig. Gleiches gilt für die erklärte Bereitschaft zu einem verbesserten Dialog mit den ölproduzierenden Ländern, sowie mit der Dritten Welt in GATT und UNCTAD.

Helmut Kohl hat wiederholt darauf hingewiesen, daß jeder Industriestaat seine "Hausaufgaben" machen müsse. Wohlan denn! Nutzen wir jeden, aber auch jeden Spielraum für Wachstum und Beschäftigung bei uns zuhause. Hier sind die Hausaufgaben noch nicht gemacht!

Außerdem müssen wir nüchtern die Konsequenzen aus dem erkennbaren Verhalten der Reagan-Administration ziehen. Nach den Zahlen aus Washington wird das US-Haushaltsdefizit bis 1985/86 auf die unvorstellbare Höhe von knapp 260 Milliarden Dollar steigen. Davon werden 185 Milliarden Dollar oder 460 Milliarden DM oder viereinhalb Prozent des BSP strukturelles Defizit sein! Dabei ist der Aufschwung bereits unterstellt.

Das aber bedeutet: Die Dollarzinsen bleiben zu hoch und werden steigen, Inflationsrate und -erwartungen werden zunehmen, der Dollar bleibt überbewertet, das Haushaltsbilanzdefizit der USA wird auf weit über 60 Milliarden Dollar pro Jahr ansteigen, Protektionismus kann leicht die Folge sein. Damit aber wird die deutsche, wird die europäische Außenwirtschafts-, Geld- und Währungspolitik vor eine bittere Frage gestellt: Dürfen wir es zulassen, daß der internationale Zinszusammenhang bei uns jede Chance auf dauerhaften Aufschwung erdrosselt und uns Hunderttausende Arbeitsplätze zusätzlich kostet? Und wie können, ja müssen wir dieser riesigen Gefahr begegnen?

Die Antworten auf diese Fragen sind schwer; sie müssen auch Schmerzen bereiten. Aber sie müssen gegeben werden; von den Regierungen und Notenbanken der europäischen Industriestaaten und Japans.

Bonn und Frankfurt müssen dabei eine vorwärtsdrängende Rolle spielen, sie stehen in einer besonderen Bewährungsprobe.

(-/1.6.1983/ks/rs)

+ + +



Zur Friedensbewegung

Das Engagement vieler Bürger kann zur Chance für die parlamentarische Demokratie werden

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der SPD im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Es wird nur dann zur Stationierung der neuen US-Mittelstreckenwaffen kommen, wenn Politiker versagt haben. In Genf wären ausgewogene Kompromisse, die eine Stationierung überflüssig machen, denkbar. Wenn es nicht zu diesem Ergebnis kommt, so ist dies nicht die Schuld der Friedensbewegung, sondern von Politikern in Ost und West. Wer gegenüber der Friedensbewegung die durch das Grundgesetz gegebenen Rechte und Pflichten der Parlamentsmehrheit und der durch sie getragenen Bundesregierung betont, darf sich auch nicht aus seiner besonderen Verantwortung für ein Gelingen oder Scheitern der Genfer Verhandlungen herausstellen. Nachdem Bundeskanzler Schmidt durch sein aktives Rüstungskontrollpolitisches Engagement den Beginn der Genfer Verhandlungen herbeiführte, muß sich jetzt die Bundesregierung Kohl daran messen lassen, ob und wie sie zu einem befriedigendem Verhandlungsergebnis bis Herbst 1983 beiträgt.

Der politische Schaden, der durch ein Scheitern der Genfer Verhandlungen entstünde, kann durch Polizisten nicht behoben werden. Dies kann auch nicht die Aufgabe der Polizei sein. Aufgabe der Polizei ist es dann, das Recht auf friedliche Demonstration zu schützen, die Einhaltung der Rechtsordnung mit angemessenen Mitteln zu gewährleisten und eine Eskalation der Gewalttätigkeit soweit wie möglich zu verhindern. Bei dieser Aufgabe verdient die Polizei die Unterstützung aller demokratischer Politiker. Die Polizei wird bei dieser Aufgabe sicherlich auch die Unterstützung der großen Mehrheit der Friedensbewegung finden, die am friedlichen Verlauf ihrer Kundgebungen und Demonstrationen interessiert ist.

Pauschale Diffamierungen der Friedensbewegung - wie sie in der letzten Zeit insbesondere durch Politiker der CDU/CSU geschehen sind - lösen bei der Friedensbewegung zu recht Empörung aus. Diese Empörung droht von einer wachsenden Verbitterung über solche Politiker und die Institutionen, die sie repräsentieren, begleitet zu werden. Verbitterung könnte Gewalttätigkeit provozieren. Insofern trägt Bundesinnenminister Zimmermann durch seine haltlosen Verdächtigungen und Verleumdungen der Friedensbewegung dazu bei, die Gewalttätigkeit zu provozieren, deren Verhinderung seine eigentliche Aufgabe wäre. Er erweist sich zunehmend als ein Bundesinnenminister der gerade in diesem Jahr der friedenspolitischen Demonstrationen sich für sein Amt als ungeeignet herausstellt. Wer nicht dafür mitverantwortlich werden will, muß deshalb die Friedensbewegung gegen solche ungerechtfertigten Diffamierungen überwiegend konservativer Politiker in Schutz nehmen.

Der Verlauf und mögliche Ergebnisse der Genfer Verhandlungen entscheiden darüber, ob in einem insbesondere die Europäer bedrohenden Waffenbereich der nukleare Rüstungswettlauf gestoppt werden kann und ob es gelingt, konkrete Abrüstungsschritte zu vereinbaren. Noch wichtiger: Mit dem Erfolg oder Scheitern der Genfer Verhandlungen entscheidet sich, ob die friedenssichernde Politik der Entspannung und des Interessenausgleichs zwischen Ost und West neue Impulse erhält oder ob zusätzliche Gefahren aus einer wachsenden politischen Konfrontation und einer Beschleunigung des Rüstungswettlaufs entstehen.

Die Genfer Verhandlungen brauchen für einen Erfolg im Interesse des äußeren Friedens den Willen zum Interessenausgleich und zum Kompromiß. Die Bundesrepublik Deutschland braucht im Herbst 1983 im Interesse des inneren Friedens den Willen zum Abwägen von Argumenten, zum vernünftigen Gespräch zwischen Vertretern gegensätzlicher Auffassungen



und zur Toleranz demokratischer und gewaltloser Formen des Protests. Wir Sozialdemokraten werden uns dagegen wenden, wenn das Recht auf friedliche Demonstration eingeschränkt wird oder die - die dies Grundrecht wahrnehmen - verleumdet und verdächtigt werden.

Wer im Zusammenhang mit der Problematik der Mittelstreckenwaffen auf die Fähigkeit und Bereitschaft zum Abwägen von Argumenten, zur rationalen Kommunikation und zum Kompromiß zwischen Vertretern unterschiedlicher Auffassung verzichtet, macht sich letztlich mitverantwortlich für die Entladung potentieller Gewaltpotentiale in unserer Gesellschaft. Diese Aufforderung zur rationalen Kommunikation muß natürlich an die Vertreter der Friedensbewegung gerichtet sein. Diese Aufforderung richtet sich vor allem an die Politiker in Parlamenten und Exekutive.

Der Streit um unterschiedliche sicherheitspolitische Konzeptionen ist in einer Demokratie normal. Aus ihm können sich auch neue positive Anregungen für die beginnende Debatte über die Strategie der NATO und für die friedenssichernde außenpolitische, abrüstungspolitische, wirtschaftliche und humanitäre Zusammenarbeit zwischen Ost und West ergeben. Der produktive Streit um verschiedene Konzeptionen, der vom Bemühen um größtmögliche Rationalität geprägt ist, wird aber diskreditiert, wenn Bekenntnisse statt Einsichten verlangt werden. Der Mut zur persönlichen glaubwürdigen moralischen Entscheidung gegen jede neue Rüstungsmaßnahme ist für sich allein noch keine ausreichende überzeugende sicherheitspolitische Alternative. Rationalität wird auch erschwert, wenn die Vertreter alternativer sicherheitspolitischer Konzeptionen - wie zum Beispiel durch Staatssekretär Spranger geschehen - als bewußte oder unbewußte Helfershelfer sowjetischer Machtpolitik verdächtigt werden.

Wer in seinen moralischen Erwägungen das mögliche Ergebnis seines Handelns mitbedenkt, muß in der politischen Wirklichkeit von Sicherheitspolitik heute immer noch damit rechnen, daß militärische Mittel als Instrumente staatlicher Machtpolitik angesehen werden. Diesen gefährlichen Zustand wollen wir Sozialdemokraten durch unsere Friedenspolitik und insbesondere die Konzeption der Sicherheitspartnerschaft schrittweise überwinden.

Politiker würden unmoralisch handeln, wenn sie sich der Realität des Machtmißbrauchs durch Mißachtung der Realitäten von Machtpolitik entziehen würden. Die Neigung, Macht und die Berücksichtigung von Machtverhältnissen von vornherein als unmoralisch zu diskreditieren, ist Ausdruck einer grundlegenden Strömung in Teilen unserer Gesellschaft, die aufgrund des Mißbrauchs von Macht und des Legitimationsverlustes traditioneller Politik und traditioneller moralischer Normen verständlich ist. Sie ist insbesondere verständlich angesichts der Vernichtungswirkungen nuklearer Waffen.

Die nukleare Abschreckung ist ein auf Dauer moralisch nicht legitimierbares Instrument der Friedenssicherung, weil sie mit der Selbstvernichtung der Menschheit droht. Trotzdem muß auch im nuklearen Zeitalter die persönliche ethische Glaubwürdigkeit sich neben ihren Intentionen auch an ihren Wirkungen messen lassen. Eine Ethik des Friedens muß fragen, wie Abrüstung unter den gegenwärtigen Umständen des Ost-West-Konfliktes möglich wird, wie man Mehrheiten in der Bevölkerung schafft, wie man mit eingeschliffenen Diskussionen umgeht, wie man Regierungen und Bündnisse dazu bringt, Abrüstung zu wollen und ins Werk zu setzen.

In dem Protest gegen die geltende Sicherheitspolitik äußern sich persönliche Betroffenheit, ein persönliches Leiden an der Wirklichkeit, das unseren Respekt verdient. Diesen Respekt sollten Politiker auch dann nicht verweigern, wenn sie selber zu anderen Schlußfolgerungen gelangen. Der persönliche Leidensdruck, das Leid an der Wirklichkeit entsteht aus dem Bewußtsein eines wachsenden Widerspruchs zwischen dem Streben nach Frieden und der Realität von Kriegen und bewaffneten Auseinandersetzungen, dem



Widerspruch zwischen Abrüstungsstreben und Abrüstungsdeklarationen einerseits und der Realität der wachsenden Aufrüstung andererseits. Die Erfahrung, daß die bisherige Politik unfähig war, diesen Widerspruch zu verringern oder gar aufzuheben, verschärft den Leidensdruck und verstärkt den Legitimationsverlust traditioneller Friedens- und Sicherheitspolitik. Insofern spiegeln sich Erkenntnisse über die Realität wieder, wenn die bestehende und vorherrschende Realität und die in ihr geltenden Normen kritisiert werden.

Wer in der Friedensbewegung überzeugen will, muß durch die Glaubwürdigkeit seiner friedens- und abrüstungspolitischen Ziele und Praxis überzeugen können. Wer als Politiker den Irrationalismus alternativer sicherheitspolitischer Vorstellungen beklagt, muß in der Lage sein, die Rationalität seiner sicherheitspolitischen Vorstellungen glaubwürdig zu begründen. Was nämlich als Irrationalismus in der friedens- und abrüstungspolitischen Diskussion kritisiert wird, ist Ausdruck einer Krise und des Zweifels an der Rationalität der vorherrschenden sicherheitspolitischen Konzeptionen.

Es fällt vielen immer schwerer zu akzeptieren, daß der im Ost-West-Verhältnis bislang erreichte hohe Stand der Rüstungen nicht genügt, um die Sicherheitsbedürfnisse der NATO und der Warschauer-Pakt-Vertragsstaaten zu befriedigen. Die Vorstellung konservativer Sicherheitspolitiker, das zusätzliche Waffenbeschaffungen mehr oder weniger automatisch auch einen zusätzlichen Gewinn an eigener Sicherheit bewirken, wird zu Recht von großen Teilen der Bürger nicht mehr ohne weiteres nachvollzogen. Sie erscheint unplausibel angesichts der vorhandenen Möglichkeit zur umfassenden gegenseitigen Zerstörung. Wenn Politiker in den USA nach nuklearer Überlegenheit streben oder der gefährlichen Illusion anhängen, ein Nuklearkrieg sei begrenzt und kontrollierbar, dann muß dies Zweifel an ihrer sicherheitspolitischen Rationalität wecken. Deshalb geraten zu recht die Risiken des anhaltenden Wettrüstens und die Unfähigkeit von Politikern zum friedlichen Interessenausgleich und zur rationalen Konfliktbewältigung in den Blick.

Das aktive friedenspolitische Engagement großer Teile unserer Bevölkerung kann zu einer großen Chance für die parlamentarische Demokratie und die friedenspolitische Diskussion werden, wenn die Abgeordneten des Bundestages das Parlament besser als bisher dazu nutzen, um über kontroverse Auffassungen und unterschiedliche Konzeptionen der Friedenssicherung offen und öffentlich zu debattieren und zu entscheiden.

Die Bundestagsfraktion der SPD wird dafür sorgen, daß in diesem Jahr im Bundestag und seinen Ausschüssen jedes sinnvolle sicherheits- und abrüstungspolitische Argument vorgetragen wird und daß - zum Beispiel durch Anhörungen der zuständigen Ausschüsse des Bundestages - jede neue Überlegung Gehör findet, die auf eine konstruktive Reform unserer Sicherheits- und Abrüstungspolitik abzielt. (-/1.6.1983/ks/rs)

+ + +



Wende nach rückwärts
-----**Die Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzes ist unzumutbar**

Von Hans Urbanjak MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung

In der letzten Woche hat es der CDU-Parteitag in Köln so beschlossen; heute fällt das Kabinett die Entscheidung: Der Jugendarbeitsschutz wird substantiell abgebaut. Mit der neuen Verordnung zum Jugendarbeitsschutzgesetz (die Zustimmung der schwarzen Mehrheit des Bundesrates ist nur noch eine Formsache) wird der Gesundheitsschutz für junge Arbeitnehmer zurechtgestutzt. Mit der Einführung der Nacharbeit für Jugendliche sollen Ausbildungsplätze geschaffen werden. Wer diese Logik nicht begreift, hat Recht, denn sie ist nicht vorhanden.

Seit Jahr und Tag kämpft die Union als Wirtschaftspartei für die Abschaffung sogenannter "ausbildungshemmender Vorschriften". Früher haben die Sozialausschüsse der Union gegengehalten. Heute ist Norbert Blüm nicht nur das Vollzugsorgan zur Durchsetzung der Arbeitgeberinteressen. Er hat auch die Argumentation der Gegenseite voll übernommen. Wie lange sich die christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft das gefallen lassen wird, steht in den Sternen. Die Hilfstruppen waren für den Wahlkampf gut; aber das Sagen hatten schon immer andere.

Mit der neuen Verordnung soll die Beschäftigung junger Auszubildender in Krankenanstalten, Gaststätten und Fleischereien ab sechs Uhr morgens möglich sein. In Schichtbetrieben der Textilindustrie sollen sie zwischen sechs und 22 Uhr antreten müssen, soweit sie über 16 sind und die über 17jährigen sollen in Bäckereien schon ab vier Uhr zum Antreten verpflichtet werden können. Das sind keine nebensächlichen Änderungen. Im Kommentar kann man nachlesen: "Eine ausreichende Nachtruhe ist für jeden lebenswichtig. Für junge in der Entwicklung stehende Menschen ganz besonders. Der Arbeitsbeginn ab sechs Uhr zum Beispiel erfordert je nach Länge des Anfahrweges Aufstehzeiten ab vier Uhr. Diese Aufstehzeiten fallen in die 'physiologische Nacht' und sollten gerade dem jungen Menschen nicht zugemutet werden".

Die Nacharbeit für Jugendliche einzuführen heißt, deutliche gesundheitliche Nachteile in Kauf zu nehmen. Das Gesundheitsinteresse wird gegen das Wirtschaftsinteresse ausgetauscht. Inhaltlich geht es also um den profitableren Einsatz der Jugendlichen als billige Arbeitskräfte. Was als Gesundheitsschutz notwendig ist, wird leichtfertig neu definiert. Das 1976 von der sozialliberalen Koalition umfassend reformierte Jugendarbeitsschutzgesetz ist nicht freihändig konzipiert worden, sondern aufgrund inhaltlicher Notwendigkeiten. Norbert Blüm hat auch keine neuen Argumente außer dem einen, daß der Wirtschaft der Jugendarbeitsschutz lästig ist.

Ob die neue Verordnung überhaupt rechtlich zulässig ist, muß bezweifelt werden. Die Verordnungsermächtigung läßt keine Willkür zu. Zwingende Voraussetzung für eine Ausnahmeregelung ist, was nur so zur Erreichung des Ausbildungszieles möglich ist und



eine gesundheitliche Beeinträchtigung nicht zu befürchten ist, Beides trifft nicht zu. Die laufende Störung der Nachtruhe führt zu erheblichen gesundheitlichen Schäden. Das haben die arbeitsmedizinischen Untersuchungen, zum Beispiel zur Schichtarbeit, klar erwiesen.

Um das Backen von Brötchen zu erlernen, muß man nicht morgens um vier Uhr antreten. Die Erreichung des Ausbildungszieles verlangt keine Nachtarbeit. Die Ausbildungsinhalte können selbstverständlich auch zu normalen Tageszeiten vermittelt werden. Wenn das anders wäre, hätten die Auszubildenden in der Zeit nach dem 1. Mai 1976 (solange gibt es das neue Jugendarbeitsschutzgesetz schon) reihenweise durch die Abschlußprüfungen rassel müssen.

Auch das Hilfsargument, wegen des "zu arbeitnehmerfreundlichen" Jugendarbeitsschutzgesetzes sei nach Inkrafttreten des Gesetzes die Zahl der Ausbildungsplätze in wichtigen Bereichen zurückgegangen, stimmt vorne und hinten nicht. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat die entsprechenden Zahlen konkret aufgelistet: "Im Bäckerhandwerk gab es zwischen 1975 und 1981 eine Zunahme der Ausbildungsplätze um 71,5 Prozent, im Fleischerhandwerk um 10,2 Prozent. Auch die Ausbildungsplätze in Krankenanstalten nahmen zu. Beispielsweise stieg die Zahl der auszubildenden Krankenpfleger und -pflegerhelfer bei der Vereinigung kommunaler Arbeitgeber zwischen 1977 und 1981 um 16,4 Prozent. Selbst in der Textilindustrie gab es trotz drastisch rückläufiger Arbeitsplatzentwicklung von 1975 bis 1981 zusätzliche Ausbildungsplätze."

Der Bundesarbeitsminister trägt die Verantwortung, daß die Wende nach rückwärts Zug um Zug erfolgt. Für den Jugendarbeitsschutz wird jetzt nur der erste Schritt vollzogen, dem weitere folgen werden. Das Land Rheinland-Pfalz hat bereits eine Novelle zum Jugendarbeitsschutzgesetz gebastelt, um noch weitergehende Einschnitte in den notwendigen Gesundheits- und Gefahrenschutz durchzusetzen. Auch dazu hat der Parteitag der CDU in Köln grünes Licht gegeben. Weitere Schritte werden folgen, zum Beispiel im Schwerbehindertengesetz.

Nach den Vorstellungen der Union sollen die Auszubildenden bei der Berechnung der Pflichtplätze für Behinderte nicht mehr mitgezählt werden. Das heißt aber im Klartext: Behinderte Jugendliche werden es noch schwerer haben, einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Der Bundesarbeitsminister läßt es zu, daß die benachteiligten Gruppen gegeneinander ausgespielt werden. Aus diesen und anderen Beispielen kann man nur den Schluß ziehen: Der jetzige Bundesarbeitsminister ist eine ausgesprochene Fehlbesetzung.
(-/1.6.1983/ks/rs)

+ + +

